

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014 des Landeselternrat Brandenburg

zu 1.: Schulsozialarbeit

Die FDP erachtet die Schulsozialarbeit als wichtige bildungspolitische Maßnahme. Wir setzen uns deshalb für ein Landesprogramm Schulsozialarbeit ein, welches sicherstellt, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterstelle bekommt.

zu 2.: Vertrauensreserve:

In Brandenburg werden fast 10 % der Unterrichtsstunden nicht nach Studentafel erteilt. Dies stellt eine deutliche Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern dar. Wir setzen uns für die Anhebung der Vertretungsreserve auf 6 % ein und haben die entsprechenden Anträge dazu in der laufenden Legislatur in den Landtag eingebracht. Zudem brauchen wir ein Maßnahmenpaket gegen Unterrichtsausfall, in welchem unter anderem auch ein Gesundheitspräventionskonzept für Lehrkräfte immanenter Bestandteil sein muss.

zu 3.: Inklusion

Inklusion kann nur gelingen, wenn das Regelschulsystem fit gemacht wird für diese Herausforderung. Deshalb dürfen in einer Inklusionsklasse nicht mehr als 21 Schülerinnen und Schüler sein, zudem ist es notwendig, entsprechend ausgebildete Unterrichtshelfer in der Klasse zu haben. Eine Klassenleitung sollte aus dem Klassenlehrer, der Fachkraft für Sonderpädagogik und dem Unterrichtshelfer bestehen.

zu 4.: Förderschulen

Für die FDP stellen Förderschulen eine notwendige Einrichtung im Bildungssystem dar. Fusionen müssen in jede Richtung möglich sein. Dabei müssen aber die Eltern und Lehrkräfte sowie die Schüler intensiv vorab mit eingebunden werden.

zu 5.: Raumprogramm

Zur Finanzierung der baulichen Voraussetzungen für Inklusion müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam arbeiten. Wir fordern eine Öffnung des Art. 91 GG, damit künftig auch bundesseitig Investitionen zur Erfüllung zwischenstaatlicher und supranationaler Verträge in den Kommunen möglich sind.

zu 6.: Flüchtlingskinder

Flüchtlingskinder haben die gleichen Rechte auf Bildung in unserer Gesellschaft. Wir lehnen die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ab und wollen, dass Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, in Wohnungen untergebracht werden. Für eine bestmögliche Integration der Menschen, und damit auch der Kinder, soll jedem Flüchtling oder jeder Familie ein Begleiter zu Seite gestellt werden, der die bürokratischen Herausforderungen gemeinsam mit der Familie leisten kann. Ebenso soll es kostenfreie, verpflichtende Deutschkurse geben.

Hinsichtlich der einzelnen Fragen, beantworten wir diese wie folgt:

zu 6.1: Neben den pädagogischen Kräften benötigen wir speziell geschulte Sozialarbeiter zur Betreuung und Bildung der Kinder. Bei den Einstellungen von Lehrern ist darauf zu achten, dass auch eine ausreichende Anzahl an Lehrern eingestellt wird, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

zu 6.2: Lehrer sollen in interkulturellen Angelegenheiten besser weitergebildet werden. Entsprechende Angebote müssen beim LALEB zur Verfügung gestellt werden.

zu 6.3: Psychologen stellen wir mit einem Programm für mehr Schulpsychologen sicher, Dolmetscher müssen ggf. eingeflogen werden. Ziel muss es aber sein, die deutsche Sprache sicher zu beherrschen – wir setzen deswegen insbesondere auf kostenfreie, verpflichtende Deutschkurse

zu 7.: Medienbildung

Wir sehen in der Medienbildung ein wichtiges Thema. Nicht nur das Thema Cybermobbing ist dabei zu beachten. Wir erleben eine sich völlig verändernde Gesellschaft, wo vielfach die Kinder technisch besser sind als ihre Eltern. Sie müssen also auch in der Schule die Risiken des Internets und der socialmedia vermittelt bekommen.

zu 8.: Schulessen

Sofern der Tagesablauf angepasst werden kann in der Schule, stimmen wir zu. Uns ist jedoch wichtig, dass jedes Kind ein Mittagessen bekommt. Deswegen wollen wir schon seit vielen Jahren die Mittagsverpflegung in Schulen kostenfrei stellen.

zu 9.: Schulstruktur

Wir halten das gegenwärtige System der Auswahl zwischen 12 und 13 Jahren zum Abitur für hinreichend und wollen keine Änderungen herbeiführen.

zu 10.: Schülerbeförderung

Wir wollen die Schülerbeförderung elternbeitragsfrei gestalten und haben dies entsprechend beantragt im Landtag. Der Antrag wurde von rot-rot abgelehnt.

zu 11.: Pendlerausgleich

Der entscheidende Punkt sind nicht die Pendlerströme sondern eine GOST-VO, die auf die Unterschiedlichkeiten im Land nicht eingeht. Wir wollen deshalb die GOST-VO ändern.